

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 72 (1985)
Heft: 7

Rubrik: Kurzmeldungen aus der Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kirchliche Instanz zu delegieren, statt sie selber zu übernehmen.

Ich möchte meinen Kindern Grundlagen geben, die es ihnen ermöglichen, ihre ganz persönliche Religiosität zu entfalten, ohne dass sie Schuldgefühle haben müssen, weil diese Religiosität sich nicht mit der kirchlichen deckt. Mein Wunsch ist es, dass Gott, unsere Lebensquelle, unser aller Ursprung, in ihrem Leben zur Mitte wird. Die Kinder sollen lernen, in ihrer inneren Stimme die Stimme Gottes zu erkennen und sich von ihr führen zu lassen.

Dieses Lernen wird ihr ganzes Leben lang dauern und es mit Sinn erfüllen.

Sollte eines meiner Kinder sein Heil in einem kirchlichen Weg sehen, werde ich versuchen, es zu verstehen, auch wenn ich selber einen ganz anderen gehen muss.

In eigener Sache

Willkommen und Abschied

Mit der vorliegenden Nummer gibt Frau Vreni Merz, Dozentin am Katechetischen Institut in Luzern, sozusagen ihren «Einstand».

Wir freuen uns, in ihr eine kompetente Nachfolgerin für den wegen Arbeitsüberlastung zurückgetretenen Dr. theol. Walter Bühlmann, der 1976 Prof. Dr. theol. Alois Gügler im Ressort Religionsunterricht abgelöst hatte, gefunden zu haben.

Wir danken Dr. Bühlmann für seine Arbeit im Dienste der «schweizer schule». Als hervorragender Exeget hat er in zahlreichen und vielbeachteten Aufsätzen einzelne Kapitel aus der Heiligen Schrift, meist in abgeschlossenen Themenkreisen, erläutert und für den Religionsunterricht aufbereitet.

Sein Versprechen, auch weiterhin Beiträge für unsere Zeitschrift zu schreiben, ist ernst gemeint – diese Nummer beweist es, auch liegen schon mehrere Artikel aus seiner Feder druckfertig vor – und tröstet uns in etwa über seinen Abschied aus dem Redaktionsteam hinweg.

CH

Kurzmeldungen aus der Schweiz

CH: Hochschulförderung mehr beaufsichtigen!

Gegen den Willen von Bundesrat Alphons Egli und der gesamten Landesregierung hat der Nationalrat mit 88:54 Stimmen eine stärkere Bundesaufsicht für das Verfahren der Subventionszuteilung an die Hochschulkantone gewünscht. Dieser Antrag ist in einem Postulat der Geschäftsprüfungskommission (GPK) enthalten, die bei ihrer Inspektion des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft (BBW) unklare Kompetenzen und Rückstände bei der Ausrichtung der Bundessubventionen festgestellt hatte.

CH: Klares Ja des SP-Vorstandes zum einheitlichen Schuljahresbeginn

Mit dem Bieler Stadtpräsidenten Hermann Fehr hat der SP-Vorstand ein Mitglied in seinen Reihen, das bestens prädestiniert war, über die Nachteile des in der Schweiz uneinheitlichen Schuljahresbeginns zu sprechen. Die zweisprachige Stadt Biel kennt heute nämlich, je nach Sprache, zwei verschiedene Schuljahresanfänge. Vor allem staatspolitische und weniger pädagogische Überlegungen haben denn auch die SP zum einstimmigen Ja veranlasst. Darin werden die Sozialdemokraten sicher auch die Unterstützung von CVP und FDP bekommen, derweil die SVP (beeinflusst von der Berner und Zürcher Kantonalpartei) ein Nein bevorzugen dürfte. Die Ja-Parolen von CVP und FDP werden allerdings nicht verhindern, dass einzelne aus ihren Reihen in dieser Frage ausscheren werden. Prognose für den 22. September: ein fast klares Ja.

CH: 72604 Studenten an Schweizer Hochschulen

Nach der neuesten Statistik des BfS zum Wintersemester 1984/85 lässt sich berechnen, dass die Hochschulbeiträge der Kantone 1985 schätzungsweise 90 Mio. Franken betragen werden. 22 480 schweizerische Studenten besuchen eine Hochschule ausserhalb ihres Wohnkantons. Die Beiträge der Kantone, die über keine eigene Hochschule verfügen, belaufen sich auf insgesamt 56 Mio. Franken. Weitere 7 Mio. zum Gesamtbetrag steuern die beiden Hochschulkantone St. Gallen und Luzern bei, weil sie mehr Studenten an ausserkantonale Universitäten entsenden als sie Studenten von andern Kantonen an ihre Hochschulen aufnehmen. Liechtenstein schliesslich, das im Wintersemester 169 Studenten an schweizerische Hochschulen schickte, bezahlt rund 650 000 Franken. Von den 90 Mio. Franken bezahlt der Kanton Aargau als Spitzenreiter 12,6 Prozent. Es folgen das Tessin mit 9,6 Prozent und das Wallis mit 8 Prozent. Die realen Kapitalbewegungen, die sich aus der interkantonalen Vereinbarung ergeben, belaufen sich somit auf rund 64 Mio. Franken. Dieser Saldo entsteht unter Berücksichtigung des Studentenaustauschs zwischen den Hochschulkantonen.

CH: Die Schule der Zukunft: Thesen des Lehrervereins

250 Mitglieder des *Schweizerischen Lehrervereins* (SLV) haben am 11. Mai in Luzern anlässlich des Lehrertages 16 Thesen verabschiedet. Unter anderem sollen «die schulischen Ängste, insbesondere der Selektionsdruck, die Überforderung und die soziale Ächtung abgebaut werden».

Zentrales Thema des Lehrertages war die Frage nach der *Schule im dritten Jahrtausend*. Nach verschiedenen Referaten und Diskussionen setzten die Delegierten Leitlinien, die jetzt in den Sektionen diskutiert und umgesetzt werden sollen. So etwa wurde der Grundsatz beschlossen, dass der Unterricht der Entfaltung der gemüthhaften, geistigen und gestalterischen Kräfte dienen solle. Ebenfalls wurde auf die notwendigen Freiräume von Lehrern und Schülern hingewiesen. Eltern und Behörden sollen den doppelten Auftrag der Schule anerkennen, einerseits überlieferte Werte zu vermitteln und andererseits zukunftsorientierte Entwicklungen vorzubereiten. Zudem sei die *Schule im Dorf oder im Quartier* zu erhalten, weil sie den Schülern beste Bedingungen zum Lernen und zum Reifen biete.

CH: Erstmals sinkende Schülerzahlen an Berufsschulen und Gymnasien

Die geburtenschwächeren Jahrgänge haben nun endlich auch die Berufsschulen und Gymnasien erreicht. Im Schuljahr 1984/85 wurden hier nach einer langen Expansionsphase erstmals weniger Schüler als im Vorjahr gezählt. Mit Abnahmen von 0,3 bis 0,7 Prozent war das Ausmass des Rückgangs allerdings bescheiden, wie aus ersten Ergebnissen der Schülerstatistik 1984/85 des Bundesamts für Statistik (BFS) hervorgeht.

Der Schülerschwund, in der Volksschule seit längerem bekannt, hat nun auch die Wachstumsphase in der Sekundarstufe II beendet, welche zwischen 1977 und 1984 den Maturitätsschulen einen Schülerzuwachs von mehr als 30 Prozent und den Berufsschulen von über 20 Prozent beschert hatte. Insgesamt standen im Berichtsjahr 240 300 Personen in einer Berufsausbildung auf der Sekundarstufe II. Davon waren 89 500 im ersten Ausbildungsjahr, also Neueingetretene. Beide Zahlen bedeuten gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme: Um 800 Schüler (–0,3 Prozent) beim Gesamtbestand und um 200 (–0,2 Prozent) bei den Eintritten.

CH: Der Bund steht zur Berufsberatung

Der Bund habe keineswegs die Absicht, sich aus der Berufsbildung und damit der Förderung der Berufsberatung zurückzuziehen. Er werde weiterhin die volle politische Verantwortung wahrnehmen, auch wenn nun ab 1986 die Kantone allein für die Aufrechterhaltung der Berufsberatung verantwortlich seien.

Dies erklärte Biga-Direktor Klaus Hug an der Generalversammlung des Schweizerischen Verbandes für Berufsberatung (SVB) in Schwyz. Skepsis war bei den rund 1200 Mitgliedern des Verbandes aufgekommen, nachdem der Bund im Rahmen der Umverteilungen der Aufgaben künftig statt 14 nur noch 1 Million Franken für die Berufsberatung zur Verfügung stellen wird.

In der Folge war ungewiss, wie weit die Kantone einen Abbau der Beratungstätigkeit vornehmen würden oder ob die Unentgeltlichkeit der Berufsberatung aufgegeben werden soll. Mit Ausnahme von wenigen Kantonen sind diese jedoch bereit, mindestens den heutigen Stand der Berufsberatung zu garantieren.

ZH: Neuregelung der Lehrerbesoldung

Das neue *Lehrerbesoldungsgesetz* soll gemäss Vorschlag des Regierungsrates folgende wesentliche Neuerungen enthalten: Einmal werden die *Anteile von Staat und Gemeinden* an den Lehrerbesoldungen neu festgesetzt. Der Staat übernimmt künftig insgesamt ein Drittel der Grundbesoldung, die Gemeinden zwei Drittel. Die bisherige Gemeindezulage für die Lehrkräfte wird in die neu geschaffene Grundbesoldung einbezogen.

Die *Lehrerbesoldungsverordnung* behält die bisherige *Höhe und Abstufung der Besoldung* bei. Hingegen legt sie die Pflichtstundenzahl für Primar- und Oberstufenlehrer einheitlich auf *29 Wochenstunden* fest. Sie ermächtigt die Schulpflegen, diese Pflichtstundenzahl auf 28 Wochenstunden herabzusetzen, sofern dies die Unterrichtsverhältnisse erlauben. Die Altersentlastung wird beibehalten. Mehrstunden, zum Beispiel an Mehrklassenabteilungen, für Freifächer, Wahlfächer und Kurse, sind entschädigungsberechtigt. Für die Entschädigung dieser Mehrstunden wird ein Höchstansatz festgesetzt. Die Zahl der entschädigungsberechtigten Mehrstunden ist auf vier begrenzt.

ZH: ZKLV lehnt ab...

Der *Zürcher Kantonale Lehrerverein* (ZKLV) lehnt den Vorschlag des Regierungsrates ab, die Pflichtstundenzahl auf 29 Stunden festzulegen und den Gemeinden die Möglichkeit einzuräumen, die Stundenzahl auf 28 zu senken. Für einzelne Lehrergruppen hätte dieser Vorschlag, für den derzeit die Vernehmlassung läuft, eine Heraufsetzung der Arbeitszeit zur Folge, erklärt der ZKLV. Dieser Darstellung widersprach der Sachbearbeiter in der kantonalen *Erziehungsdirektion*, Gottfried Frauenfelder. Die neue Regelung bringe einem Grossteil der Lehrer eine Verkürzung der Arbeitszeit, sagte er. Mit Ausnahme der Lehrer an 3. Klassen der Sekundarschule liege die Mindestzahl auf allen Stufen bei 28 oder 30 Stunden. Als sinnvoll bezeichneten die ZKLV-Delegierten dagegen die Schaffung von Doppelstellen, die auf je zwei Lehrer aufgeteilt werden. Ein entsprechender Versuch, der auf 200 Stellen begrenzt ist, läuft seit dem letzten November. Derzeit gibt es 99 Doppelstellen. Die *Zahl der arbeitslosen Lehrer* wird von der Erziehungsdirektion auf einige hundert geschätzt.

ZH: Französischversuch soll fortgesetzt werden

Französisch an der Primarschule hat im Kanton Zürich weiterhin Versuchscharakter. Der Regierungsrat hat für die Fortsetzung des 1968 gestarteten Versuchs eines auf die 5. und 6. Primarklasse vorverlegten Französischunterrichts einen Kredit von 1,1 Millionen Franken bewilligt, der auf drei Schuljahre verteilt werden soll.

ZH: CVP für Französisch an der Primarschule

Das Präsidium der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) des Kantons Zürich hat sich mit der geplanten Einführung des Französischunterrichts an der Primarschule befasst und ihre Vernehmlassung an die Adresse der Erziehungsdirektion verabschiedet. Der Vorverlegung des Französischunterrichts in die 5. Klasse der Primarschule wurde unter Vorbehalt der Erfüllung von verschiedenen Bedingungen zugestimmt. Der neue Fremdsprachenunterricht muss als Teil einer umfassenden Sprachziehung gestaltet werden. Das zusätzliche Fach darf nicht zu einer qualitativen Vernachlässigung anderer Fächer führen. Unter diesem Aspekt vermögen die vorgeschlagenen Modelle von Stundentafeln nicht vollständig zu befriedigen. Als Variante muss die Reduktion des Französischunterrichts auf eine einzige Wochenstunde, eventuell aufgeteilt in zwei Halblektionen, in Erwägung gezogen werden. Nach der Auffassung der CVP ist eine Beeinträchtigung des musischen und allgemeinbildenden Unterrichts zugunsten des kognitiven Lernbereichs in der Primarschule unerwünscht.

LU: Städtische Schuldirektion prüft Massnahmen gegen Lehrerarbeitslosigkeit

Die Schuldirektion der Stadt Luzern prüft, ob auf Beginn des nächsten Schuljahres zeitlich befristete Assistenzstellen für Junglehrer geschaffen werden können. Damit kämen arbeitslose Lehrer zu einer Beschäftigung. Das Projekt, das in dieser Form für den Kanton neu ist, soll zu einem grossen Teil mit Geldern aus dem Ausgleichsfonds finanziert werden; denkbar wäre das im Rahmen eines Beschäftigungsprogrammes, dem das Biga zustimmen müsste.

OW: 24 Wochenstunden für Sarner Kanti-Lehrer

Der Obwaldner Regierungsrat erliess neue Ausführungsbestimmungen über das Arbeitsverhältnis der Lehrer an der Kantonsschule.

Für die Hauptlehrer wird eine Herabsetzung des Unterrichtspensums von bisher 25 auf 24 Wochenstunden eingeführt. Die Herabsetzung ist insbesondere mit dem um zweieinhalb Wochen längeren Schuljahr und der Angleichung an die Regelung in den andern innerschweizerischen Kantonen begründet. Ferner werden unter anderem die Kriterien für die Einreihung in Besoldungsklassen neu umschrieben sowie ein zweites Besoldungsmaximum nach zwölf Dienstjahren eingeführt.

NW: «Gleiche Ausbildung» vor Bundesgericht

Gegen das von der Nidwaldner Landsgemeinde Ende April gutgeheissene neue Schulgesetz ist beim Nidwaldner Verfassungsgericht und gleichzeitig beim Bundesgericht staatsrechtliche Beschwerde eingereicht worden. Das neue Schulgesetz sieht unter anderem eine «gleichwertige Ausbildung» für Knaben und Mädchen vor, ein Punkt, der an der Landsgemeinde heftig diskutiert worden war. Nach Auffassung der Präsidentin der Schweizerischen Frauenkommission, Lili Nabholz, verstösst eine solche Formulierung gegen den Gleichheitsartikel der Bundesverfassung.

Das Bundesgericht hatte die Frage «gleiche oder gleichwertige Ausbildung» bisher nicht aufgrund einer Beschwerde gegen ein gutgeheissenes Gesetz zu beurteilen. Nach Meinung der Beschwerdeführerin gegen das Nidwaldner Schulgesetz, der SP-Präsidentin Erna Büchel, geht es denn auch nicht bloss um das Nidwaldner Schulgesetz allein, sondern vielmehr um die Klärung einer gesamtschweizerischen Diskussion.

ZG: Volksschullehrer im Alter entlasten?

Den Zuger Volksschullehrern, die das 55. Altersjahr erreicht haben, sollen zwei, denjenigen, die das 60. Altersjahr erreicht haben, drei Unterrichtslektionen pro Woche erlassen werden. Um den Lehrkräften diese «echte Altersentlastung» zu verschaffen, haben jetzt Kantonsrat Silvan Romer (SP, Baar) und fünf Mitunterzeichner eine entsprechende Motion eingereicht.

Auf dem «Lehrermarkt» herrsche heute ein Überangebot, und durch die Altersentlastung könnte der eine oder andere junge Lehrer, der mit teuren Staatsgeldern im Seminar ausgebildet würde, teilweise oder voll beschäftigt werden, schreiben die Motionäre in ihrer Begründung. Auch hätten sich die älteren Lehrer über all die Jahre verausgabt und dabei viele Kräfte verzehrt: «Für den älteren Lehrer können wir aber nicht eine brave Muster-schülerklasse zusammenstellen», schreiben die Kantons-räte.

SG: Tagesschulversuch erhitzt die Gemüter

Seit Wochen bietet das Thema Tagesschule in der Stadt St. Gallen politischen Zündstoff. Zur Debatte steht eine nach einer langen Vorgeschichte eingereichte Initiative eines überparteilichen Komitees für die versuchsweise Einführung einer öffentlichen Tagesschule. Während die Schulverwaltung mit einer Umfrage das Bedürfnis abzuklären versucht, will die der Idee äusserst skeptisch gegenüberstehende CVP mit einem Gegenvorschlag dem Versuch zwar zustimmen, aber restriktive Aufnahmebedingungen durchsetzen. Denn es könne nicht Meinung der CVP sein, dass jede Familie – unabhängig von einer sozialen Notlage oder einer anderen besonderen Situation – nach ihrem eigenen Gutdünken ihr Kind in eine Tagesschule schicken könne. Damit werde die Berufstätigkeit der Mutter künstlich gefördert. In Skandinavien und England ist die Tagesschule die

Norm. In der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich gibt es bereits viele Tagesschul-Versuche. In der Schweiz gibt es staatliche Sonderschulen, die als Tagesschulen geführt werden, aber auch private Tages-schulen.

Seit Frühling 1980 läuft in Zürich-Altstetten der erste schweizerische Versuch mit einer öffentlichen Tages-schule. 1982 wurde in Bern eine Kleinklassen-Tagesschu-le versuchsweise eröffnet. In zahlreichen Gemeinden bestehen inzwischen Vereinigungen, die sich für öffentliche Tagesschulen einsetzen. In Luzern ist im Stadtparlament eine von allen Fraktionen unterstützte Motion überwiesen worden, die einen Antrag zur Errichtung einer Tagesschule fordert. Relativ weit gediehen ist die Idee auch in Winterthur, Thalwil, Küsnacht und Basel.

VD: Informatik an Waadtländer Schulen

Der *waadtländische Staatsrat* hat beschlossen, in den Schulen des Kantons vom August an innert fünf Jahren den *Computere* einzuführen. Wie der Chef des Erziehungs-départements vor der Presse bekanntgab, soll die Informatik allerdings kein neues Fach im Stundenplan bilden, sondern als pädagogisches Mittel zur Verbesse-rung der Grundausbildung dienen.

Umschau

Erwachsenenbildung kennt in der Schweiz keine Rezession

Der Aufwärtstrend im Bereich der Zweitweg- und Erwachsenenbildung hält unvermindert an, während das staatliche Bildungswesen mit dem Gespenst der Lehrerar-beitslosigkeit und mit stagnierenden Schülerzahlen zu kämpfen hat. Allein die Schweizerische Vereinigung für Erwachsenenbildung (SVEB) verzeichnet jährlich rund eine halbe Million Erwachsene, die vom Angebot ihrer 27 Organisationen Gebrauch machen.

Nicht nur für Töpfe, Pfannen und alle erdenklichen Artikel flattern Prospekte ins Haus. Auch für die Erwach-senenbildung wird fleissig und in den buntesten Farben geworben. In den vergangenen Wochen, vor Beginn eines neuen Semesters, ist der Bildungsmarkt besonders intensiv «beackert» worden. Die zunehmende Nachfrage im Bereich der Zweitweg-Ausbildungen unterstreicht den Trend zur Zweitwegbildung.

Wichtige Triebfedern für den Bildungsdrang vor allem bei den Erwachsenen sind einerseits ideelle Einflüsse, andererseits die ständig steigenden Anforderungen der Wirtschaft. «Die unsichere Konjunkturlage motiviert die Berufstätigen, sich nach weiterer Bildung umzusehen», formuliert Kurt Rohrer, wissenschaftlicher Mitarbeiter der SVEB-Geschäftsleitung. Daneben spielt der Grundsatz «Bildung dauert ein Leben lang», wie er der Politik des Europarates und der OECD zugrunde liegt, nach Angaben der EDK eine fast ebenso wichtige Rolle.

Ein Dschungel von Schulen

Wie viele Schulen in der Schweiz Zweitweg- oder Erwachsenenbildung anbieten, ist laut Rohrer schwer auszumachen. «Es gibt zahlreiche Schulen in allen Bereichen und auf praktisch allen Ebenen. Die Organi-sation dieses Bildungsbereiches ist von Kanton zu Kanton verschieden.» Die Zahl der wissensdurstigen Erwachse-nen in der Schweiz, die von einem Weiterbildungsinstitut Gebrauch machen, schätzt Rohrer auf rund eine Million. «Wir rücken mit Zahlen äusserst ungern heraus, ergänzt EDK-Sprecherin Ursula Rohrer, Leiterin der Abteilung Dokumentation, auf Anfrage.